Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

147 (27.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 147 — **Montag, den 27. Juni 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Bei den deutsch-französischen Besprechungen in Lausanne hat der deutsche Finanzminister die deutsche Lage geschildert. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

*

Reichskanzler von Papen war über Samstag in Berlin, wo er vom Reichspräsidenten empfangen wurde und anschließend im Reichskabinett Bericht erstattete.

*

In Lausanne wurden die Besprechungen zwischen den einzelnen Staaten über die Reparationen fortgesetzt.

*

In einer Vollsitzung des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident Dr. Held die Erklärung ab, daß Bayern die Aufhebung des Uniformverbots ablehnt.

*

Zwischen Reichsinnenminister von Gayl und Innenminister Severing hat eine Aussprache stattgefunden, die sich um die Polizeigewalt in Preußen drehte.

*

Auf der Reichsführertagung der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonntag der Parteiführer Dr. Hugenberg eine längere Ansprache, in der er das Programm der Partei für die bevorstehenden Reichstagswahlen umriß, sowie grundsätzliche und programmatische Ausführungen machte. Anschließend daran sprachen Oberfinanzrat Dr. Bang über die Sozialpolitik, Dr. Schmidt für die Angestelltenschaft, Heß für die Arbeiterschaft und Pfarrer Wilms über das Thema „Die Kirche im Kampf um die Nation".

*

In Genf haben gemeinsame Beratungen der kleinen Staaten über die Abrüstungsfrage stattgefunden, wobei beschlossen worden sei, im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz für die Abschaffung der schwersten Angriffswaffen einzutreten. Die Einberufung des Hauptausschusses soll nach den neuesten Informationen erst zum 5. oder 7. Juli gedacht sein.

*

Am Sonntag kam es in Antwerpen zu schweren Zusammenstößen zwischen wallonischen und flämischen Frontkämpfern, die etwa 100 Verletzte erforderten. 120 Personen wurden von der Polizei zwangsgestellt.

*

Gelegentlich der Automobilwettfahrt „Rund um Lothringen" raste ein Rennwagen in der Nähe von Nancy in die Zuschauermenge, wobei drei Insassen auf der Stelle getötet und 22 zum Teil schwer verletzt wurden.

*

In der Nacht zum Sonntag wurde in Landsberg a. d. Warthe der Führer des kommunistischen Antifaschisten-Kampfbundes nach Verlassen eines Verkehrslokals der K.B.D. von unbekannten Tätern erschossen.

*

In zahlreichen Städten kam es zu schweren Zusammenstößen, die meist durch kommunistische Ueberfälle auf Nationalsozialisten verursacht wurden. In Wattenscheid erhielt ein Nationalsozialist einen Kopfschuß, dem er erlegen ist. Eine große Anzahl Schwer- und Leichtverletzter mußte den Krankenhäusern zugeführt werden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Der Reichskanzler in Berlin

Berlin, 26. Juni. Reichskanzler von Papen ist Samstag mittag aus Lausanne hier eingetroffen und um 5 Uhr vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung empfangen worden.

*

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 26. Juni. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler bei seinem Vortrag über die Lausanner Verhandlungen vor dem Reichskabinett eingehend auch den Inhalt all der internen Gespräche wiedergegeben, die er selbst oder andere Mitglieder der deutschen Delegation mit den fremden Staatsmännern geführt haben.

Ueber die Verhandlungen mit den Länderregierungen erstattete der Reichsinnenminister unter Berücksichtigung aller damit zusammenhängenden Probleme einen ausführlichen Bericht. Das Kabinett ist sich bereits über die Notwendigkeit und die Art einer einheitlichen Regelung im Falle ablehnender Antworten einzelner Länder schlüssig geworden. **Die etwa erforderlichen Maßnahmen werden in Form einer Egänzungsnotverordnung getroffen werden.**

Der Reichskanzler über die Lausanner Verhandlungen

Berlin, 26. Juni. Reichskanzler von Papen erklärte einem Vertreter des WTB mit Bezug auf die Veröffentlichung in der französischen Presse über die Unterhaltungen in Lausanne am Freitag u. a.: Schon in der Rede, die ich in der ersten Plenarversammlung gehalten habe, habe ich darauf hingewiesen, daß es sich in Lausanne nicht darum handeln kann, die juristischen Grundlagen des Reparationsproblems zu erörtern, sondern ausschließlich die tatsächliche Lage, die zu einer endgültigen Beseitigung dieses für die gesamte Weltwirtschaft verheerenden Fragenkomplexes zwingt. In diesem Zusammenhange habe ich gegenüber den Vertretern der französischen Presse wiederholt betont, daß die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft ein Zusammenarbeiten besonders zwischen Deutschland und Frankreich bessere und greifbarere Vorteile erwachsen würden, als die Fortführung irgendwelcher Reparationszahlungen. Wenn man die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen wolle, dürfe man nicht bei der Beseitigung der politischen Tribute und Zahlungen stehen bleiben, sondern müsse konstruktive Maßnahmen ins Auge fassen. Ich bin der Ansicht, daß der Entschluß der europäischen Großmächte, ihre eigenen Angelegenheiten auf solcher Grundlage zu ordnen, den besten Eindruck in den Vereinigten Staaten machen würde, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß trotz der in Angelegenheiten der Tribute sehr großen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten der Weg zu einer gemeinsamen Aktion der europäischen Mächte gefunden werden wird.

*

Reichskanzler v. Papen fährt nach Lausanne zurück

Berlin, 26. Juni. Reichskanzler v. Papen begab sich am Sonntag mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug Basel—Lugano nach Lausanne zurück.

Besprechungen in Lausanne

Unterredung mit dem Reichsaußenminister

Paris, 26. Juni. In einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Petit Parisien" in Lausanne erklärte Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, jeder erkenne an, daß Deutschland nicht zahlen könne. Jeder leitende Staatsmann Deutschlands, der noch von Reparationen sprechen würde, selbst für eine mehr oder minder ferne Zukunft, würde das Risiko laufen, hinweggefegt zu werden. Der Youngplan sei in Deutschland populär geworden, daß jede Wiederaufnahme der Youngzahlungen, auch wenn sie sehr abgemildert wäre, von der öffentlichen Meinung in Deutschland unzulässig angesehen würde. Infolgedessen müßte man, wenn man nicht in eine Sackgasse gerasten wolle, etwas anderes suchen. Es wäre vielleicht möglich, die Lösung in einer weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Gläubigernationen Deutschlands zu finden.

*

Das italienische Memorandum

Lausanne, 26. Juni. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath stattete Macdonald einen Besuch ab; im weiteren Verlaufe des Vormittags empfing Herr von Neurath den Besuch Grandis und schließlich fanden sich der österreichische Bundeskanzler Dollfuß und Grandi im Hotel der französischen Delegationen. In dem angekündigten Memorandum der italienischen Delegation **besteht Italien** nach wie vor **auf der vollkommenen Reparationsstreichung.** Zur Frage der Regelung der Lage der südeuropäischen Länder wird die bekannte italienische Auffassung vertreten, daß eine Gesamtregelung dieses Problems auf einen Schlag sich nicht durchführen lasse und daß, was die Gewährung von Anleihen betrifft, alle politischen Instanzen ausgeschaltet und eine Verwendung zu Rüstungszwecken unmöglich gemacht werden müsse. Unter diesem Gesichtspunkt wird als Anleiheträgerin die BIZ. vorgeschlagen.

*

Zwischenbilanz in Lausanne

London, 25. Juni. Die Zwischenbilanzen, die die Korrespondenten der englischen Presse ziehen, sind vorsichtig, aber keineswegs hoffnungslos. „Times" meldet, daß die erste direkte Zusammenkunft der deutschen und der französischen Delegationen besser geendet habe, als erwartet werden konnte. Der Korrespondent der „Financial Times" erinnert daran, daß Herriots Lage äußerst schwierig sei. Er habe bereits ein gut Teil nachgegeben und sei zweifellos bereit, noch weiter nachzugeben. Niemand hier glaube, daß Deutschland jemals wieder Reparationen zahlen werde. Aber es sollte, wenn auch nur um des Prinzips Willen, einer Pauschalzahlung zustimmen und so die französische Oeffentlichkeit besänftigen.

Der Havas-Vertreter gibt über die verschiedenen Unterredungen ein Urteil, das wohl auf maßgebende französische Delegationskreise zurückzuführen ist und in dem u. a. gesagt wird, man glaube allgemein, daß die deutschen Minister am Montag praktische und vollständige Schlußfolgerungen ihres Exposes vorlegen werden. Man hebe die Freimütigkeit und Sachlichkeit hervor, die beiderseits bewiesen werde und die bis jetzt jede Spannung und jeden Zusammenstoß bei den Verhandlungen vermieden habe.

*

Belgischer Reparationsplan

Lausanne, 25. Juni. Die deutschen Vertreter hatten mit der belgischen Delegation eine Aussprache über den belgischen Plan. Dieser geht von der Feststellung der Gründe für die Weltwirtschaftskrise aus, der zwischenstaatlichen Verschuldung und dem Fehlen des allgemeinen Vertrauens. Er macht den schon bekannten Vorschlag, Deutschland flüssige Mittel zu verschaffen und den Devisenfonds der Reichsbank zu stärken auf der Grundlage einer Organisation, in die die öffentlichen Versorgungsbetriebe von einzelnen Kommunen nach dem Beispiel der Berliner Transaktion eingebracht werden sollen. Die Aktien dieser Gesellschaft würden an eine ausländische Kapitalgesellschaft verkauft, wodurch den Städten Devisen zufließen würden, die an die Reichsbank weitergehen und gegen Marktbeträge eingetauscht würden. Der zweite Teil des belgischen Vorschlages beschäftigt sich mit anderen kreditbedürftigen Ländern. Ihnen soll für eine Gemeinschaftskasse von bestimmten goldreichen Ländern Gold vorgeschossen werden, das die BIZ verwalten soll. Eine Stellungnahme zu dem belgischen Plan ist noch von keiner Delegation erfolgt.

*

Großer Finanzplan eines „hohen Völkerbundsbeamten"

T.U. Genf, 26. Juni. Ein hiesiges, französischen Kreisen nahestehendes Blatt teilt in sensationeller Aufmachung heute mit, daß eine hoher Völkerbundsbeamter, hinter dem man den französischen stellvertretenden Generalsekretär Avenol vermuten dürfte, einen großen Finanzplan entworfen und eine entsprechende Denkschrift nach Rücksprache mit mehreren europäischen Außenministern allen Teilnehmern an der Lausanner Tributkonferenz zugeleitet habe. Der Plan solle die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Kreditkasse vorschlagen. Diese Kasse soll zu einem Teil aus dem Saldo deutscher Tributzahlungen — sobald Deutschlands wirtschaftl. Lage Tributzahlungen wieder erlaube — u. zum übrigen aus Einzahlungen aller anderen Länder bestehen, u. zwar aus einem festzusetzenden Hundertsatz ihrer Zolleinnahmen, sowie aus Ueberschüssen ihrer Handelsbilanz. Diese Summen sollen dann zu Krediten für geldbedürftige Länder verwandt und die Verwaltung der Kasse einer vom Völkerbundsrat einzusetzenden Körperschaft übertragen werden.

Sollte die Nachricht von dem Bestehen und der Uebermittlung eines solchen Planes auf Wahrheit beruhen, so scheint es nicht schwer, diesem ein ähnliches Schicksal vorauszusagen, wie dem in den letzten Tagen in Lausanne häufiger genannten belgischen Plan. Da nämlich der Plan des ungenannten „hohen Völkerbundsbeamten" von der Voraussetzung einer Wiederaufnahme deutscher Tributzahlungen ausgeht, entfernt er sich allein dadurch so sehr vom Boden der Tatsachen, daß seine weitere Erörterung nicht verlohnt.

*

Vor der Entscheidung in Lausanne

T.U. Lausanne, 26. Juni. Der Sonntag ist in seinem äußeren Verlauf auf der Tributkonferenz außerordentlich ruhig verlaufen. Irgendwelche Zusammenkünfte oder Besprechungen zwischen den Führern der Abordnungen haben nicht stattgefunden. Die meisten Staatsmänner benutzten die schöne Lausanner Umgebung und das schöne Wetter nach den Regentagen der letzten Woche zu Ausflügen in die Nähe von Lausanne. Innerhalb der deutschen Abordnung fanden jedoch fortlaufend eingehende Besprechungen und Beratungen statt, in denen die am Montag stattfindenden Sitzungen vorbereitet wurden. Man ist sich auf deutscher Seite vollständig im klaren, daß man mit der auf Montag nachmittag festgesetzten dritten deutsch-französischen Sitzung in den entscheidenden, voraussichtlich abschließenden Abschnitt eintreten wird. Nachdem die ersten zehn Tage der Konferenz ausschließlich dazu gedient hatten, die tatsächliche Notlage der deutschen Finanzen und Wirtschaft darzustellen, stehen nun die unmittelbaren Entscheidungen bevor. In der Montagsitzung wird die deutsche Abordnung nochmals die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen erklären. Damit sind unmittelbare Entscheidungen jetzt nicht mehr weiter hinauszuzögern. Welchen Standpunkt die französische Regierung einnehmen wird, ist bisher noch völlig unklar, da in sämtlichen bisherigen Verhandlungen die französische Regierung in keiner Weise zu verstehen gegeben hat, welches ihre endgültigen Forderungen sind. Die kommenden Tage der nächsten Woche werden auf der Tributkonferenz jedenfalls von außerordentlicher Tragweite sein. Ueber den Ernst der Lage und die jetzt bevorstehenden entscheidenden Kämpfe ist man sich auf deutscher Seite vollständig im klaren. Die Reichsregierung hält nach wie vor an ihrem Standpunkt fest und wird diesem auch weiterhin mit allem entscheidenden Nachdruck vertreten.

*

Französischer Ministerrat über Lausanne und Genf

Paris, 26. Juni. Die Regierungsmitglieder haben einen mehr als 3½stündigen Ministerrat abgehalten, in dem Herriot und Paul-Boncour über die Lausanner und Genfer Verhandlungen berichteten. Der Ministerrat sprach der französischen Delegation seine Billigung aus. Nach dem Ministerrat erklärte Herriot der Presse, in Lausanne nähmen die Verhandlungen einen wohlgeordneten Verlauf. Ein großer Gedanke beherrsche die Lausanner Konferenz: Eine europäische Regelung ohne eine universelle Regelung sei unmöglich. Die gestrigen deutsch-französischen Zusammenkünfte seien unter sehr befriedigenden Bedingungen abgehalten worden. Es sei nicht verwehrt, zu hoffen, daß Lausanne nach vielen aufrichtigen Bemühungen eine Kräftigung des Friedens und infolgedessen auch eine Stärkung des Vertrauens bringen werde.

Deutschlandhetze im ganzen Osten

Lettland erneut gegen deutsche Kultur. — Danzig unter weiteren polnischen Rechtsbrüchen. — Litauen wartet auf Beendigung des Haager Schiedsspruchs.

Von Hellmut Schiemann

Im Zusammenhang mit Lausanne entzündete Warschau durch seine Beeinflussungszentralen in der ganzen Welt ein neues sonderbares öffentliches Gespräch um das sogenannte Ostlocarno. Wir würden eine Notverordnung billigen, die eine andere Behandlung dieses Gedankens in Deutschland als seine denkbar schärfste Ablehnung ohne jede sachliche Ueberprüfung seiner Möglichkeiten schlechtweg verbietet. Ein Ostlocarno, so wie es Polen, Frankreich und immer auch noch Amerika verstehen, bildet für Deutschland eine Unmöglichkeit.

Wenn wir gefragt werden, was wir denn über die Niederlegung der Waffen im Osten denken, dann antwortet ganz Deutschland einmütig: Beseitigung des Korridors, Rückgabe von Danzig, des deutschen Teiles der an die Grenzmark angelehnten Gebiete unter Berücksichtigung ihrer natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Wiederangliederung des gesamten Memellandes und die Rückgabe Ost-Oberschlesiens. Für die polnischen „See-Interessen" reicht die Internationalisierung der Weichsel vollkommen aus, wenn Polen sich auch finanziell an dem Uferschutz beteiligt und die planmäßige Ersäufung der Provinzen im Warthe- und Netzgebiet, die Friedrich der Große durch geniale Wasserbaumeister im Frieden eroberte, durch die Wiederaufnahme der Flußregulierungen auf „seinem" Gebiet endlich einstellt oder — soweit tatsächlich Unfähigkeit der polnischen Wasserbauverwaltung an Polens kulturmörderischem Wirken in jenen Landschaften die Ursache bildet — deutsche Fachausschüsse und deutsche Facharbeiter für die Wiedergutmachung des grauenhaften, den deutschen Grenzlandstrichen zugefügten Schadens auf polnischem Gebiete zuläßt. Wenn man das Ostlocarno zu nennen beginnt, dann werden wir für diesen Begriff wieder Ohr haben; denn dann wäre er seiner Niedertracht entkleidet. Wir erblicken sie darin, daß man unter dieser Flagge deutsche Kulturgebiete in polnischer Hand verkommen lassen will, von denen — wie im Falle Oberschlesien — sogar der Diktator Pilsudski entrüstet erklärte, sie seien doch uralte deutsche Kulturlande, als polnische Chauvinisten und Quadratkilometerfresser ihm zum ersten Mal mit der Erwerbung Oberschlesiens unter die Augen traten.

Wie dringlich deutsche Wachsamkeit im Osten in jeder Stunde und erst recht gerade jetzt not tut, erkennen wir an den verzweifelten Versuchen Polens und Litauens, hier vollendete Tatsachen zu schaffen. Der ewige Streit zwischen Danzig und Polen, ausgelöst durch schwerste polnische Rechtsbrüche, kommt trotz den Bemühungen des Genfer Völkerbundes, die in Warschau ein einziges Gelächter auslösten, nicht zum Stillstand. Weil die Entscheidung in der Frage der Bahnbetriebsverwaltung, die Polen für den Korridor in Danzig aufgezogen hat, zugunsten Danzigs ausfiel und Polen also diese polnische Verwaltungsbehörde auf polnisches Gebiet verlegen muß, organisiert Warschau einen sehr umfassenden Boykott gegen Danzig. Man erhält in Polen heute schon keine Fahrkarten mehr nach Danzig, sondern muß bis Gdingen bezahlen und „darf" dann in Danzig aussteigen. Das ist aber nur einer der neuen Nadelstiche, die Polen gegen diese Stadt richtet.

Litauen verhält sich gegenüber dem Memelland nicht besser. Die Wiedereinrenkung der unter dem Gouverneur Merkys angerichteten Schäden nimmt einen sehr langsamen Verlauf. Kowno wartet offenbar auf die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtes über die Beschwerden der Mächte des Memelstatuts. Sie werden mindestens von der Statutmacht Frankreich nicht allzu hitzig verfochten werden, und in Berlin muß man beizeiten acht darauf geben, welche Einflüsse auf die Haager Richter bei dieser Gelegenheit wieder einmal geltend gemacht werden. Das Schiedsgericht bestand ja schon mehrfach aus Richtern, die mit dem fertigen, natürlich gegen Deutschland oder Deutsche gerichteten Urteil in der Brusttasche die Verhandlungen eröffneten, sich während ihres Verlaufs schrecklich langweilten und dann den Dank ihrer Auftraggeber einheimsten, wenn eine Schändlichkeit gegen Deutschland vom Stapel gelassen war. Gewiß, das Haager Schiedsgericht fällte auch zuweilen Urteile zugunsten der deutschen Ankläger. Das geschah doch aber nur in solchen Fällen, in denen offene, gewalttätige Rechtsverletzung vorlagen. Die reihen sich zu einer Kette der Schmach für Litauen auch im Falle Memel zusammen. Doch ist nicht anzunehmen, daß der Haager Schiedsspruch die Litauer in ihre Schranken verweisen wird.

Die Nervosität der Feinde Deutschlands in diesen Gebieten Europas drängt überhaupt mit erstaunlicher Angriffslust zu immer wieder neuen Deutschlandhetzen. Jetzt entdeckte plötzlich Lettland, daß es dort nur eine lettische Kultur und sonst gar nichts gebe. Man will sogar die deutsche Sprache in den deutschen Minderheitsschulen und diese vielleicht bald ganz und gar unterdrücken. Selbstverständlich gegen die Rechte jener Minderheiten. Aber, was heißt hier Rechte, wenn sie durch den Genfer Völkerbund geschützt werden?! In Riga wirkt dieser neue lettländische Uebergriff besonders tragikomisch. Es gibt kaum eine Stadt auf kerndeutschem Boden, die so eindeutig deutsch im besten Sinne aussieht und so unverlöschlich deutsch bleiben wird. Wie würde sich beispielsweise der Kulturfreund in unserer Reichshauptstadt Berlin freuen, wenn ihr Gesamtcharakter auch nur andeutend so kennzeichnend deutsch wäre wie das ganze Riga. Nur im ältesten Berlin findet man letzte Spuren jener blühenden deutschen Kultur des späteren Mittelalters, in der Riga erstand. Und — die Kultur der Letten in allen Ehren! — vergleichsweise möchten wir doch nicht von ihr mit der deutschen sprechen; so boshaft, so grausam wollen wir nicht werden. Aber wir verlangen von der deutschen Außenpolitik verschärfte Wachsamkeit gegenüber den Gefahren im Osten.

Deutscher Flottenbesuch in Danzig

Unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung lief das deutsche Linienschiff „Schlesien" im Danziger Hafen ein.

Tages-Anzeiger

Montag, den 27. Juni.

Bad. Landestheater: „Vor Sonnenuntergang", 20—22½ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Eine Nacht im Grand Hotel" und Bühnenschau, 7 und 9 Uhr.

Höhepunkt des deutschen Flottenbesuches in Danzig

500 Jahresfeier des St. Jakobs-Hospitals in Danzig.

T.U. **Danzig,** 26. Juni. Am Sonntag erreichten die Veranstaltungen aus Anlaß des deutschen Flottenbesuches in Danzig ihren Höhepunkt. Um 9 Uhr fand im Haus Heiligengeist-Gasse, Ecke Kohlengasse die Enthüllung einer Gedenktafel für den Danziger Seehelden Admiral Paul Benecke statt. An der Feier beteiligten sich neben 400 Mann der deutschen Schiffsbesatzungen die Danziger Marinevereine, die Danziger vaterländischen Verbände, Stahlhelmabordnungen, S.A. und S.S., die Kriegervereine, eine Hundertschaft der Danziger Schutzpolizei und die Chargierten der Danziger Studentenschaft in Wichs. Senatspräsident Ziehm würdigte in einer kurzen Ansprache die Bedeutung Benekes. Er legte dann an der Gedenktafel einen Kranz nieder. Dasselbe tat nach einer kurzen Rede Konteradmiral Förster für die Reichsmarine.

Hierauf fand im Stadtverordnetensitzungssaal eine Festsitzung statt, bei der Museumsdirektor Prof. Dr. Kayser einen auch durch Rundfunk übertragenen Vortrag über die Entstehung des St. Jakobs-Hospitals und über Danzig und seine Seegeltung hielt. An dem mittags vom St. Jakobs-Hospitals gegebenen Essen in der Gewerbehalle der ehemaligen St. Jakobs-Kirche nahmen neben dem Präsidenten des Danziger Senats und dem deutschen Generalkonsul in Danzig, Dr. Freiherr von Thermann der Führer des deutschen Flottengeschwaders, Konteradmirals Förster, der Kommandant des Linienschiffes „Schlesien", Kapitän z. See Aßmann, zahlreiche Offiziere der deutschen Kriegsschiffe, die Spitzen der Danziger Behörden, sowie Vertreter der Danziger Reedereien und Schiffahrtskreise teil. Der Vorsteher des St. Jakobs-Hospitals, Hevelke, gab einen kurzen Ueberblick über die Geschichte und die Entwickung des Hospitals, in dem seit fünf Jahrhunderten deutsche Schiffer und Seeleute Verpflegung und Unterkommen gefunden haben. Das Hospital sei überhaupt das erste deutsche Seemannsheim. Senatspräsident Ziehm überbrachte die Glückwünsche der Danziger Regierung.

Am Sonntag nachmittag findet auf den deutschen Kriegsschiffen ein Kinderfest statt. Abends ist ein Empfang mit Tanz von der Kasinogesellschaft für die Offiziere, sowie ein Ball für die Besatzung der Kriegsschiffe in der Sporthalle vorgesehen.

Neue polnische Provokationen in Danzig

T.U. **Danzig,** 26. Juni. Am Samstag abend ist es auf dem Danziger Hauptbahnhof, sowie auf dem Zoppoter Bahnhof wiederum zu neuen polnischen Provokationen gekommen. Ein nicht angemeldeter polnischer Militärtransport, der sich auf der Durchfahrt von Dirschau nach Gdingen befand, hatte auf dem Danziger Hauptbahnhof einen längeren Aufenthalt. Die polnischen Soldaten verließen den Zug und sangen wiederum polnische Lieder auf dem Bahnhof und stießen Schmährufe gegen Danzig aus. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in Zoppot. Die deutsche Bevölkerung verhielt sich diesen erneuten polnischen Provokationen gegenüber besonnen und zurückhaltend.

Der Aufstand in Siam

Paris, 25. Juni. Eine Havasmeldung aus Bangkok betont den „ausgesprochenen militärischen" Charakter der Aufstandsbewegung. Man rechne damit, daß **auch der König von Siam inzwischen verhaftet worden sei.** Die Meldung beschäftigt sich dann weiter mit den Gründen des Umsturzes und weiß zu berichten, daß seit Monaten große Unzufriedenheit herrsche, da die Weltwirtschaftskrise sich in Siam besonders fühlbar mache. Das Land leide unter den Folgen einer schlechten Reisernte, des schlechten Kautschukverkaufs, des Rückganges der Silberkurse und der Erhöhung der Steuern. Die Verwaltung habe die Absicht gehabt, 25 Millionen Tikals (40 Millionen RM.) einzusparen und eine Anzahl Beamte und Offiziere zu verabschieden. Außerdem habe die zwischen diktatorischer Strenge und Nachgiebigkeit schwankende Haltung des Königs das Volk an der göttlichen Abstammung seines Herrschers zweifeln lassen. Schließlich seien auch Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der Staatsgelder vorgekommen. Die Lage sei so gespannt gewesen, daß sogar der Finanzrat der Regierung, Cook, kürzlich dem König erklärt habe, seine Anwesenheit in Bangkok sei nicht mehr nötig und es wäre wohl nicht unangebracht, wenn der König daran denke, zurückzutreten.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[43

Das alles hatte mir Lady Wilson gesagt, und von diesem Tage an hatte ich nie mehr etwas gesehen und gehört von dieser Perlenschnur. Nur an dem Tage, an dem Lady Wilson sie mir gezeigt, hatte ich abends begeistert davon erzählt..."

Bestürzt hielt Ellinor inne.

„Nun, Miß Grey, fahren Sie fort."

„Ich — ich weiß nicht mehr, was ich sagen wollte."

„Charlie Hickson hatten Sie davon erzählt, das wollten Sie doch wohl sagen, Miß Grey — nicht wahr?"

Ellinor konnte nicht antworten, der Schrecken nahm ihr den Atem.

„Er war Ihr Freund, das wissen wir wohl. Er sorgte für Sie, hatte Sie untergebracht. Sie waren seine Geliebte?"

Ellinor nickte, schlug dann beschämt die Hände vor das Gesicht.

„Wie kamen Sie zu diesem Menschen, Miß Grey?"

„Ich kam nach London — war allein und verlassen — hatte kein Geld mehr — stand an der Themse, wußte nicht mehr ein noch aus. Ich war so hungrig, fror, war müde von dem stundenlangen Umherirren. Ich stand da in der fremden, großen Stadt, ohne Unterkommen. Die Glocken läuteten zum Weihnachtsfest. Da trat ein Mann zu mir, redete so gut zu mir, nahm mich mit sich, sorgte für mich. Und ich war ihm dankbar — und wurde das — was Sie sagten..."

„Wußten Sie nichts von seinem Doppelleben? Hielten Sie ihn die ganze Zeit über für einen anständigen Menschen?"

„Nein! Ich habe es nicht gewußt. Bis zu jener Nacht..."

„In der Sie mit ihm zusammen den Mord begingen."

„Ich! Allmächtiger Gott! Ich habe den Mord nicht begangen! Ich bin unschuldig! Ich weiß nichts davon!"

Weiß wie Linnen war Ellinors Gesicht.

„So! Sie wissen von nichts? Und doch waren Sie in dieser Nacht im Hause der Lady Wilson. Man hat Ihren Mantel neben der Leiche gefunden und Ihre Handschuhe. Einer davon war der Lady in den Mund gesteckt worden, um ihre Hilferufe zu ersticken, denn Lady Wilson ist nach Stunden an inneren Verblutungen gestorben."

Ellinor sank mit einem Aufschrei zusammen. Das war entsetzlich, was sie da hörte. Die arme Lady Wilson. Was hatte sie leiden müssen...

Der Arzt sprang hinzu, Ellinor zu stützen. Langsam richtete sie sich wieder auf. Ihre Gesichtszüge waren verstört, aber sie sagte:

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor! Aber ich muß stark sein — mich zusammennehmen."

Sie wandte sich zu dem Kommissar:

„Ich schwöre es Ihnen, Herr Kommissar, ich bin unschuldig. Ich habe nichts mit dem Mord zu tun. Bitte, hören Sie mich an."

Ellinor berichtete. Zuerst stockend und leise, dann fester werdend, von jener entsetzlichen Nacht, von der letzten Zusammenkunft mit Charlie Hickson, von ihrer Flucht zu Lizzi Hastings, von dem, was sich dort zugetragen hatte. Dann erzählte sie von George Frank und von ihrem Leben in Amerika. Hastig stieß sie alles hervor, mit einem gequälten Zug um den Mund, ließ sich nicht unterbrechen, bis sie am Ende war.

„Ich bin unschuldig, Herr Kommissar! Das Schicksal hat mich verfolgt, mein ganzes Leben lang. Hat mich in das Abenteurerleben getrieben, das ich zuletzt führte. Ich wollte es nicht, mein Innerstes sträubte sich gegen den Betrug — aber ich konnte doch nicht anders...

Kraftlos fiel Ellinor in die Kissen zurück, ein Krampf schüttelte ihren Körper. Der Arzt und die Schwester stürzten hinzu, halfen und linderten, so gut sie konnten. Es dauerte lange, bis es den beiden gelang, die Kranke zu beruhigen, bis sie endlich ermattet in den Kissen lag und leise vor sich hinweinte.

„Beruhigen Sie sich doch, Miß Grey", sagte der Arzt leise und eindringlich. „Sie sind ja bei uns, es kann Ihnen nichts passieren. Sie haben jetzt alles gesagt, was Sie wissen. Ich bin überzeugt davon, man wird Ihnen glauben."

Dann wandte er sich zu den Beamten:

„Ich möchte die Herren bitten, die Untersuchung für heute zu beenden. Sie sehen selbst, daß die Kranke aufs äußerste angestrengt ist und dringend der Ruhe bedarf. Es wäre sonst leicht möglich, daß ein böser Rückfall eintritt."

„Wenn Sie es wünschen, Herr Doktor, werden wir uns natürlich selbstverständlich fügen", antwortete der Kommissar. „Ich bitte Sie nur, mir noch zwei Fragen an Miß Grey zu gestatten."

Der Arzt runzelte die Stirn, trat aber von Ellinor zurück.

„Sie bleiben also dabei, Miß Grey, den Mord nicht begangen zu haben, noch Mitwisserin des Verbrechens gewesen zu sein?"

Entsetzte Augen flackerten auf zu dem Fragenden. Hörbar schlugen die Zähne der Kranken aufeinander. Stockend und flüsternd kam es von ihren Lippen:

„... unschuldig ... ich bin unschuldig! Ich habe nichts getan!"

Der Kommissar erfaßte Ellinors Hand, und der Ton seiner Stimme klang herzlicher, als er sagte:

„Beruhigen Sie sich, Miß Grey. Wir haben Ihre Aussagen zu Protokoll genommen, und wir werden Sie nicht wieder vernehmen, ehe Sie nicht ganz gesund sind.

Wenn Sie unschuldig sind, wird es Ihnen leicht sein, diese Unschuld auch vor Gericht zu beweisen, werden Sie sich vor der Welt rechtfertigen können.

Ich möchte Sie jetzt nur noch nach Ihren materiellen Verhältnissen fragen. Haben Sie so viel Geld, daß Sie sich einen Rechtsbeistand nehmen können?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg